

TAGUNGEN

Lohnpolitik und Lohntechnik heute - Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund

Zum vierten Male fand die Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund vom 29. Mai bis 3. Juni 1961 statt. Die Themen der verschiedenen Tagungen stehen untereinander in engem Zusammenhang. Im Jahre 1958 war von der Stellung der Arbeitnehmer in der modernen Wirtschaftspolitik ausgegangen worden; es folgten Tagungen über Wirtschaftsprognose und Wirtschaftsgestaltung und die Stellung des Angestellten zwischen Arbeiterschaft und Management. Die Tagungsberichte sind im Verlag Duncker & Humblot, Berlin, erschienen. Die Grundgedanken der Tagung 1961 mit dem Thema „Lohnpolitik und Lohntechnik heute“ wurden einführend vom Leiter der Akademie, Univ. Prof. Dr. Dr. *Hans Bayer*, umrissen:

Die technische Entwicklung dränge auch auf dem Gebiete der Lohnfindung und Lohngestaltung zu neuen Methoden. Bei Planung und Durchführung der Tagung sei für die Sozialakademie einer ihrer Grundgedanken, nämlich der der Synthese, maßgebend: Synthese hinsichtlich der Verbindung von Theorie und Praxis, die gerade auf dem Gebiete der Lohngestaltung besonders schwierig ist; ferner die In-Beziehung-Setzung von Spezialwissen und Gesamtschau. Die Sozialakademie habe den Tendenzen der Spezialisierung dadurch Rechnung getragen, daß eine Reihe von Vorträgen und Gesprächskreisen auf das Gebiet der Arbeitswissenschaft abgestellt sind. Darüber hinaus aber war sie bestrebt, nicht den Gesamtzusammenhang aus dem Auge zu verlieren und die Spezialkenntnisse für die Erfüllung der Gesamtaufgaben fruchtbar zu machen. Die Sozialakademie habe es besonders begrüßt, daß die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und die Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände des Landes Nordrhein-Westfalen,

der Deutsche Gewerkschaftsbund und eine Reihe von Gewerkschaften an den Vorbereitungsarbeiten teilgenommen haben und nunmehr auch an der Tagung selbst teilnehmen. Dadurch werden die Voraussetzungen für eine soziale Synthese geschaffen, und zwar in dem Sinne, daß die Gegensätze, die gerade auf dem Gebiete der Lohnbildung und Lohngestaltung bestehen, nicht nur klar herausgearbeitet, sondern auch Möglichkeiten einer Überbrückung gesucht werden.

An der Eröffnung der Tagung nahmen u. a. teil: als Vertreter des Herrn Kultusministers Ministerialdirigent Dr. *Maurer* und als Vertreter der Stadt Dortmund Überstadtdirektor Dr. *Kliemt*; ferner eine große Zahl von Vertretern internationaler Gemeinschaften, so der EWG-Kommission, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Generaldirektion der Arbeit (Den Haag) und des Bundeskanzleramtes in Wien; ferner Vertreter der Bundes- und Landesministerien, zahlreiche Vertreter von in- und ausländischen Universitäten, Akademien und Forschungsstellen; eine Reihe von Arbeitgeberverbänden, insbesondere Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Landesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände NRW sowie der Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände NRW; ferner der stellvertretende Vorsitzende des DGB, *Bernhard Tacke*; Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und fast aller deutschen Gewerkschaften. Zahlreiche große Werke des In- und Auslandes hatten Vertreter entsandt. Die Tagung wurde durch Ministerialdirigent Dr. *Maurer* in Vertretung des Kultusministers eröffnet. Er dankte der Akademie, einer wissenschaftlichen Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen, für ihre Bemühungen um die vierte Internationale Tagung und hob die Bedeutung dieser Veranstaltung für Forschung und Praxis hervor.

Die Teilnehmerzahl (rd. 250) war größer als bei den drei vorangegangenen Tagungen, die die Sozialakademie veranstaltet hatte. Die Beteiligung an den Gesprächskreisen und Diskussionen war außerordentlich stark und lebhaft. Unter den Referenten befanden sich neben Professoren und anderen Fachleuten aus

dem Inland hervorragende Theoretiker und Praktiker des Auslandes, so Univ. Prof. Dr. Dr. *Floretta*, Österreich, Univ. Prof. *H. C. Hillmann*, Leeds/England, Priv. Dozent Dipl. Ing. *P. Fornallatz*, Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich, Prof. Dr. *A. Gutersohn*, Schweizerisches Institut für gewerbliche Wirtschaft an der Handelshochschule St. Gallen, Univ. Prof. Dr. *J. Pen*, Holland, Dr. *Savouillan* von der Hohen Behörde in Luxemburg, *Karl Casserini* vom Internationalen Metallarbeiterbund in Genf.

Entsprechend den Grundgedanken der Tagung kam es vorerst einmal darauf an, die Gegensätze in der Lohnbildung und Lohngestaltung zwischen den Auffassungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer klar herauszustellen. Für die Arbeitnehmer geht es, wie *Bernhard Tacke* ausführte, um eine Umstrukturierung unserer Einkommensverteilung. Es solle der Anteil am Sozialprodukt für die Arbeitnehmer erhöht werden. Wenn dies über den höheren Lohn nicht erreicht werden kann, so sind Formen der Ertragsbeteiligung zu finden.

Die Vertreter der Arbeitgeber beschränkten sich mehr auf die unmittelbaren Aufgaben der Lohnpolitik in der gegenwärtigen Situation der Vollbeschäftigung. Die Entwicklung der Gesamtproduktivität setze den Rahmen, innerhalb dessen sich der Lohn ohne Gefährdung des Geldwertes erhöhen könne.

Demgegenüber stellten die Gewerkschaftsvertreter fest, daß die starre Bindung der Lohnerhöhungen an eine Gesamtproduktivitätssteigerung die Beibehaltung des bestehenden Anteiles der Arbeitnehmerschaft am Sozialprodukt bedeutet.

Gerade die klare Erfassung der Gegensätze ließ Aufgaben und Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Lohnbildung und Lohngestaltung erkennen:

1) Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß bei der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung eine bewußte Lohngestaltung notwendig ist, und zwar in dem Sinne, daß durch Zusammenarbeit der Sozialpartner der Lohn unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge geregelt wird.

2) Die Bedeutung der Arbeitswissenschaft für die Lohnfindung wurde einheitlich anerkannt. Bedeutung und Grenzen der Arbeitswissenschaft wurden klar herausgearbeitet. So wies z. B. Prof. *Lehmann* im Zusammenhang mit Fragen der Arbeitsbewertungssysteme darauf hin: „Das Urteil der Praxis hängt stark von subjektiven Ansichten, von Modeströmungen, vor allem aber auch von wirtschaftspolitischen Interessen ab. Es ist daher kein Zufall, daß die verschiedenen Systeme, je nach dem Ort, an dem sie entstanden sind, zu völlig verschiedenen Wertungen kommen.“

Einheitlich wurde die besondere Schwierigkeit der Lohnfestsetzung erkannt, wenn in Betrieben verschiedene Stufen der technischen Entwicklung nebeneinander bestehen. Zusammenfassend wurde festgestellt, daß bei aller technischen Verfeinerung der Lohnbemessungsmethoden immer die menschliche Seite zu sehen und zu schützen ist.

3) Die Lohnpolitik kann nach übereinstimmender Auffassung nicht isoliert durchgeführt werden, sondern nur in Koordination mit anderen Sparten der Wirtschaftspolitik. Eine besondere Rolle spielt hierbei die Währungs-, Finanz- und Außenhandelspolitik.

4) Die Tatsache, daß heute die Lohnstruktur stärker im Vordergrund steht als früher, wird übereinstimmend festgestellt. Die Differenzierungen zwischen den Löhnen gehen u. a. auf Verschiedenheiten in den Wirtschaftszweigen, regionale und berufsbedingte Unterschiedlichkeiten zurück. Auch die Stärke der Marktpositionen spielt für die Lohnstruktur von heute eine wichtige Rolle.

5) Die Besonderheit der Lohnfragen im mittleren Unternehmen wurde anerkannt.

6) Weitgehende Übereinstimmung wurde auch erzielt bei Behandlung der Frage: Lohn bei Arbeitsplatzwechsel auf Grund technischer Veränderungen. Insbesondere wurden folgende Forderungen befürwortet: An erster Stelle steht die Forderung nach Information und gemeinsamer Beratung im Unternehmen. Dadurch wäre über die betrieblichen Aufgaben hinaus eine der Voraussetzungen geschaffen, damit die überbetrieblichen Stellen vorausschauende Maßnahmen treffen können. Die Umschulung der Arbeitnehmer müßte sich in zwei Richtungen bewegen; zum einen müßten die frei werdenden Arbeitskräfte in neue Tätigkeiten und andere Arbeitsplätze eingeschult werden, zum anderen müßte für die Automation eine Einschulung und Auslese erfolgen. Grundsätzlich wurde die Forderung nach Erweiterung und Neuaufbau des Schulwesens erhoben.

7) Übereinstimmung bestand darüber, daß alle Chancen einer Objektivierung einer Lohnpolitik ausgenützt werden sollen. Es wäre aber verfehlt, der Verantwortung entfliehen zu wollen, indem man glaubt, persönliche Entscheidungen der Technik zuschieben zu können.

8) Die Forschungsergebnisse der Tagung sollen in Schulungen für mittlere Führungskräfte der Wirtschaft weitergegeben werden. Der Lehrgang „Arbeitskunde“, den die Sozialakademie gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Arbeitsphysiologie durchführt, wird als besonders aktuell und wichtig anerkannt; Arbeitgeberverbände und der DGB mit seinem Arbeitskreis für Arbeitsstudien arbeiten gemeinsam mit und besichtigen den Lehrgang.
Rudolf Schmidt

Politische Bildung - Ziele, Grenzen und Tabus

Auf Einladung des Bundesarbeitskreises *Arbeit und Leben* fand vom 19. bis 21. Juni 1961 zum dritten Male im Rahmen der *Ruhrfestspiele* in Recklinghausen eine Arbeitstagung für Fachleute der Erwachsenenbildung — aus den Gewerkschaften, den Volkshochschulen sowie kommunaler und staatlicher Einrichtungen — statt. Nach Eröffnung der Tagung durch den ersten Vorsitzenden von *Arbeit und Leben*, Peter Michels, sprach Bernhard Tacke einleitende Worte zum Sinn und der Bedeutung dieser Tagung. Er begrüßte es, daß *Arbeit und Leben* mit den jährlichen Arbeitstagungen den Rahmen der Ruhrfestspiel-Programme und Veranstaltungen sinnvoll ergänze. Zum Thema der Tagung sagte Tacke, daß ohne politische Bildung keine freie Demokratie bestehen könne. Der Deutsche Gewerkschaftsbund sei deshalb sehr daran interessiert, die politische Bildungsarbeit in *Arbeit und Leben* in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen zu verbessern und auszubauen.

Die Tagung stand unter der Leitung von Dr. Hans Boulboulle. Zu Beginn referierte Prof. Dr. Wilhelm Hennis über das Thema „Der Begriff des Politischen und die Möglichkeiten politischer Bildung“. Über „Politische Bildung, Ziele und Grenzen“ referierte Dr. Hans Boulboulle, während das Problem „Politische Tabus — Tabus für die politische Bildung?“ von Dr. Günther Schulz, Bremen, behandelt wurde. Die Tagungsteilnehmer verteilten sich im Anschluß an die Referate auf drei Arbeitsgruppen, um den gebotenen Stoff durchzuarbeiten und das Ergebnis der Besprechungen in einer Plenumdiskussion am Vormittag des letzten Arbeitstages vorzutragen. Die Leitung der Arbeitsgruppen lag in Händen der Herren Prof. Dr. Groothoff, Hannover, Dr. Stamm, Düsseldorf, und Dr. Schulz, Bremen.

Die Arbeitsgruppe I beschäftigte sich mit dem Thema „Was kann politische Bildung leisten?“. Es wurde festgestellt, daß bei aller Würdigung des bisher Geleisteten die Wirksamkeit der tatsächlichen Bildungsarbeit nicht überschätzt werden dürfe. Vieles von dem, was heute unter dem Begriff „Politische Bildungsarbeit“ geboten würde, sei reine Informations- und Aufklärungsarbeit, welcher erst noch die Erziehungs- und Bildungsarbeit des Menschen zum mündigen Staatsbürger folgen müsse. In einer Reihe von Punkten wurde festgestellt, in welchem Umfange den politischen Bildungsbestrebungen in unserer Gesellschaft Grenzen gesetzt sind und Widerstände entgegenstehen. Im einzelnen werden genannt

- a) die geringe Bewertung von politischer Bildung in unserem gesellschaftlichen Leben;
- b) Widerstände in unserer Gesellschaft gegen politische Bildungsbemühungen, die durch die

Weckung von Einsichten den Status quo verändern können; c) die Arbeitsgruppe appellierte an einen Teil der Unternehmer, ihren Widerstand gegen eine umfassende Bildung der Arbeitnehmer aufzugeben und sich nicht auf bestimmte Themen, wie z. B. die Abwehr des Kommunismus, zu beschränken; d) es wurde darauf hingewiesen, daß dem Staatsbürger eine wirksame Mitarbeit in den Verbänden, den Parteien, der Gemeinde usw. eingeräumt werden müsse und man der Tendenz, diese Mitarbeit durch ein Perfektionsbestreben der Bürokratie einzuschränken, entgegenzutreten müßte; e) herausgestellt wurde, daß die politische Bildung auf das gute Beispiel im politischen Leben nicht verzichten könnte; f) man war sich darin einig, daß das Prinzip der Freiwilligkeit aufrechtzuhalten ist.

Die zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Thema „Politische Bildung und Staatsbürgerkunde“. Eingangs wurde festgestellt, daß die mitmenschliche Erziehung in jedem Falle die Basis ist, von der ausgegangen werden muß. Bei der Diskussion um die Begriffe „Politische Bildung“ oder „Staatsbürgerkunde“ wurde gesagt: „Entgegen der weitverbreiteten These, daß die politische Bildung umfassender, aber auch offener und anspruchsvoller als die Staatsbürgerkunde sei, müsse man darauf hinweisen, daß es zwei Konzeptionen von Staatsbürgerkunde gibt, deren eine zwar überholt, deren andere aber zukunftsfruchtig ist. Wenn unter Staat nicht der Status quo, sondern das Gemeinwesen, das bei uns Demokratie werden soll und seinem Grundgesetz nach auch werden will, verstanden wird, dann habe es die Staatsbürgerkunde mit derselben Sache zu tun, um die sich auch die politische Bildung bemüht, nämlich mit der Demokratisierung unseres Gemeinwesens bzw. mit der demokratischen Bestimmung unseres Gemeinwohles.“ Eingehend auf den Einfluß und die Bedeutung von Technik und Wirtschaft und die sich daraus zwangsläufig ergebende verwaltete Gesellschaft, wurde erklärt, daß man den Menschen lehren muß, sich mit diesen Tatbeständen auseinanderzusetzen, ohne daß der Mensch zu einem Mittel herabgewürdigt wird. Die politische Bildung hat die Aufgabe, elementare Theorien des Rechtsstaates und der Demokratie unter den Bedingungen der Technisierung und zugunsten eines humanen Lebens zu übermitteln. Unbeschadet der Lehre von den Möglichkeiten, politisch aktiv zu werden, unbeschadet auch der Einübung in solche Möglichkeiten sollte die politische Bildung bzw. die Staatsbürgerkunde vor allem darauf abzielen, jedermann urteilsfähig in Sachen des Rechtsstaates und der Demokratie eines humanen Gemeinwesens und eines richtig verstandenen Gemeinwohls zu machen. Politisch gebildet ist, wer Bürgersinn besitzt und wenigstens im Groben bei den allgemein bedeut-

samen Fragen ein Urteil darüber fällen kann, ob man auf dem Wege der Gerechtigkeit und des Kompromisses fortschreitet oder nicht.

Großes Interesse fand bei den Tagungsteilnehmern das Thema „Politische Tabus — Tabus für die politische Bildung?“. Es wurde festgestellt, daß in unserer rational gestalteten Welt Tabus aller möglichen Schattierungen nisten, die die freie Gestaltung des geistigen und politischen Lebens in steigendem Maße einengen und bedrohen. Auf dem Gebiet der politischen Bildung ist es daher die Aufgabe, die sich aufdrängenden Tabus zu durchleuchten, damit der Mitbürger erkennt, wo interessegebundene Tabus die politischen Ziele verändern und die Freiheit des Umgangs einengen. Weder vom volksbildnerischen noch vom rechtlichen, weder vom wissenschaftlichen noch vom ethischen Standpunkt sei es vertretbar, diejenigen, die ihre Arbeit dem öffent-

lichen und politischen Leben widmen, durch Tabus in ihrer Wirkung und Auswirkung zu lähmen und einzuengen. Im Bereich der politischen Bildung muß die Freiheit des Gesprächs gesichert bleiben. Es geht nicht an, daß bestimmte Fragen, die das Schicksal unserer Gesellschaft und unseres Staates bestimmen, aus dem Gespräch ausgeklammert und tabuiert werden. Offenheit und Mut, Sachverstand und demokratische Verantwortung seien die notwendigen Voraussetzungen.

Die Vertreter des Bundesarbeitskreises *Arbeit und Leben* sagten zum Schluß der Tagung zu, daß die Ergebnisse der Arbeitstagung von 1960 mit dem Thema „Bildungsaufgaben im Strukturwandel unserer Gesellschaft“ und der diesjährigen Tagung in Kürze in einer Sonderbroschüre veröffentlicht werden.

Roland Petri